

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fizial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. H. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Hoff,
8. W. Corner Third and
contos str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 R. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den Dien-
u. Sten Monat und auf den
Sten Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Erzgh. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fizial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-
Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 74.

Freitag, 2. Juli.

1875.

Durch Defekt an der Dampf-Maschine hat sich der Verandt eines Theiles der Auflage der Nummern 72 und 73 unliebsamer Weise verzögert.
Die Expedition.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.
Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. (16 Gr.) pro Quartal, 54 Pf. (5 1/2 Gr.) pro Monat für ganz Deutschland.
Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland 3 Mark 50 Pf. (1 Thlr. 5 Ngr.);
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 4 Mark (5 Frs.);
- für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 5 Mark (6 1/4 Frs.);
- für Spanien und für Amerika 6 Mark.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.
Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. (18 Ngr.) pro Quartal und 60 Pf. (6 Ngr.) pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller. Für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: Volkmarzdorf, Reudnitz, Reuschönfeld, zc. zc. bei Frau Engel, Reudnitz, Feldstr. 14, Hof 1 Tr., für Connewitz zc. bei Teubert, Bornaischestr. Nr. 19, für Kleinshocher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg und Neureudnitz bei Bichau, für Plagwitz und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstraße Nr. 26, für Gohlis zc. bei D. Peukert, Hauptstraße Nr. 19, für Stötteritz bei Fr. Vogenitz, Hauptstraße Nr. 38.
Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf. (7 1/2 Sgr.) frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Mantenselstraße 25, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstraße Nr. 34 im Laden; J. Schmann, Schwedenstr. 1, 2 Tr.

Den „Volksstaat“-Colporteurs und Filial-Expeditionen zur Nachricht, daß mit Ablauf dieses Monats die Abonnementsgelder für das laufende Quartal beglichen sein müssen, und werden die Restanten hierdurch zur schleunigen Erfüllung ihrer Pflicht aufgefordert. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, das Abonnement für das dritte Quartal 1875 rechtzeitig erneuern zu wollen.

Nur bei Erfüllung dieser Bedingungen erfolgt weitere Zusendung des Blattes.

Alle Expeditionen der mit uns in Tausch stehenden Zeitungen zc. werden ersucht, uns durch die Post auch für das neue Quartal ihr Blatt zukommen zu lassen.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für Juli Seiten einer Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Nationalökonomie.

IX.

Das Kapital.

(Schlußartikel)

Man kann, wie wir im vorigen Artikel ausgeführt haben, dem Liberalismus zugestehen, daß es immer Kapitalgüter, d. h. Koststoffe, Werkzeuge und Vorräthe gegeben habe, ebenso ist der verkörperte Tauschwerth dieser Dinge, das Geld, schon seit Jahrtausenden in Gebrauch; das moderne Kapital, welches heute die Gesellschaft beherrscht, ist aber ein Produkt der gesellschaftlichen Zustände der neueren Zeit; es ist erst entstanden, als sich der Tauschhandel in einen allgemeinen Weltmarkt verwandelte; seine Entstehung fällt in die Zeit der Entdeckung Amerikas und der Ausfindung des Seewegs nach Ostindien.

Wer das Wesen und die Wirksamkeit des modernen Kapitals verstehen will, muß sich ein klares Bild von dem Wesen und den Erscheinungen des durch das Geld vermittelten Tauschverkehrs, der Waarencirculation, machen.

Wir erinnern uns, daß unser alter Bekannter, der Weber, sein Arbeitsprodukt, die Leinwand, direct gegen einen Rod ausgetauscht hat; zu einer Zeit, in welcher der Gebrauch des Geldes

bereits eingeführt war, wird auch er sich dieses Tauschmittels bedienen; er wird also seine 20 Ellen Leinwand verkaufen und dafür, sagen wir 10 Thlr. erhalten; für diese 10 Thlr. kauft er sich dann den Rod, d. h. er giebt das Geld weg und erhält dafür den Rod. Das Resultat ist dasselbe, ob das Geld als Tauschmittel benutzt wird oder nicht; der Weber hat seine Leinwand fortgegeben und den Rod erhalten; ob er inzwischen das Geld besessen hat, oder nicht, ändert an dem schließlichen Resultat des Tausches gar nichts. Er giebt Waare weg, erhält dafür Geld, giebt das Geld wieder weg und erhält dafür Waare. Anfang und Ende des Tausches ist also die Waare, welche einen Gebrauchswert enthält; natürlich sind verschiedene Gebrauchswerte gegen einander ausgetauscht worden, denn Niemand wird so thöricht sein, 20 Ellen Leinwand gegen Geld zu vertauschen, wie wir jetzt sagen, zu verkaufen, um sich für das erhaltene Geld nachher wieder 20 Ellen Leinwand von derselben Güte zurückzukaufen.

Der Zweck dieses Tausches ist also die Befriedigung von ganz realen Bedürfnissen; der Weber verkauft die Leinwand, um sich den Rod zu verschaffen, den er gebraucht; der Schneider wieder verkauft den Rod, um sich für den Erwerb Leinwand oder irgend eine andere Waare, deren er bedarf, zu kaufen. Waare wird also nur verkauft, um wieder Waare einzukaufen; das Geld spielt dabei nur die Rolle eines Mittels, welches den Tauschverkehr erleichtert.

Anschaulich wird die Bewegung, die in dieser Art des Tauschverkehrs vor sich geht, durch die Formel:
Waare W. — Geld G. — Waare W.
W. — G. — W. bezeichnet also die Bewegung, die mit Waare anfängt, durch das Geld als Tauschmittel hindurchgeht und wieder mit Waare endet.

Sobald der eigentliche Handelsverkehr beginnt, entsteht eine zweite Art des Tausches. Der Kaufmann kauft Waare, um sie wieder zu verkaufen. Er giebt Geld weg, erhält dafür Waare, giebt diese Waare wieder weg und erhält dafür wieder Geld. Drücken wir diese Bewegung wieder in einer Formel aus, so lautet dieselbe:

Geld G. — Waare W. — Geld G.

Während also bei der ersten Art des Tausches der Anfang und das Ende dieses Umsatzes durch Waare von verschiedenem Gebrauchswert bezeichnet wird, sehen wir bei der zweiten Art Geld als Anfang und Geld als Ende des Prozesses. Was im ersten Falle höchst unvernünftig erscheint, nämlich einen Gegenstand gegen einen anderen zu vertauschen, um durch einen Tausch wieder in den Besitz des zuerst fortgegebenen Dinges zurückzugelangen, — dieses ganz unsinnige Verfahren treiben alle Kaufleute grundtätig; sie geben Geld weg, nehmen dafür Waare und geben die Waare wieder weg, um Geld zurückzuerhalten. Der Zweck ihres Tausches ist also der, daß sie Geld weggeben, um Geld wieder zu bekommen; die Waare spielt bei ihnen nur die Rolle des Vermittlers in diesem Tausche von Geld gegen Geld.

Die Menschen sind aber nicht so dumm, sich ganz vergebliche Mühe und Arbeit zu machen; ganz vergeblich und nutzlose Mühe würde es aber sein, wenn Jemand für 100 Thlr. Kaffee kaufte, um diesen Kaffee wieder für 100 Thlr. zu verkaufen. Da könnte er sein Geld lieber ruhig in der Tasche behalten, denn 100 Thlr. sind nur 100 Thlr., gleichgültig, ob man dieselben oder andere Thalerstücke in der Tasche hat. Der Kaufmann denkt aber auch gar nicht daran, den Kaffee, den er für 100 Thaler gekauft hat, wieder für denselben Preis fortzugeben; Verdienen ist ein Hauptwort, denkt er, und verkauft seine Waare theurer, als er sie eingekauft hat; er nimmt für den Kaffee 110 Thlr.

Jetzt hat das scheinbar unsinnige Verfahren mit einem Schlage ein ganz anderes Gesicht erhalten; der Kaufmann hat unter Vermittelung der Waare nicht Geld gegen Geld eingetauscht, sondern Geld gegen mehr Geld! Und das war auch von Anfang an seine Absicht. Weber und Schneider geben ihre Waaren im Tausch weg, um Gebrauchswerte dafür zu erhalten; sie benutzen das Geld nur als Mittel, um den Tausch zu erleichtern. Der Kaufmann giebt sein Geld nur in der Absicht weg, es mit mehr Geld wieder zu bekommen; ihm ist es daher auch gleichgültig, welche Waare er als Mittel zur Erlangung von mehr Geld benutzt, da er das Geld nur auf die Waare vorkieft, immer in der Absicht, nicht die Waare zu behalten, sondern sein Geld mit mehr Geld wieder aus dem Verkehr herauszuholen. Der Zweck dieser Art des Tauschverkehrs ist nur der verkörperte Tauschwerth, das Geld, während bei der andern Art des Tausches Befriedigung eines Bedürfnisses, also Gebrauchswert, das Motiv des Tausches war.

Weber und Schneider tauschen aber auch Waaren von gleich großem Tauschwerthe gegen einander aus; es kann ja vorkommen, daß auch bei diesem Tausche der Eine mehr Werth fortgiebt, als er wieder erhält; es wird das aber nur durch Irrthum oder durch absichtlichen Betrug möglich, und als Ausnahmefall zu betrachten sein; bei dem Kauf zum Zwecke des Verkaufs soll aber jedesmal beim Verkauf mehr Geld herauskommen, als beim Kauf ausgegeben worden ist. Kaufen um zu verkaufen, heißt also, aus Geld mehr Geld machen, den Werth zu verwerthen; diese Operation, diese Verwendung von Geld macht aus Geld — Kapital.

Das Kapital tritt also zuerst immer als Geld auf; es verwandelt sich im Austauschprozeß in Waare, behält diese Form seines Daseins aber nicht bei, sondern sucht sie so schnell wie möglich wieder abzustreifen, um sich in seine ursprüngliche Erscheinungsform, in Geld, zurückzuverwandeln und zwar in mehr Geld; Kapital ist also: sich vervielfältigender Werth, Werth, der sich selbst vermehrt und verwerthet.

Wenn der Kaufmann aus 100 Thlrn. durch Umsatz seines Kaffees 110 Thlr. gemacht hat, so hat ihm jeder einzelne Thaler 1/10 Thlr. neues Geld eingebracht; es ist den einzelnen Thalern, welche in seinen Besitz zurückgekehrt sind, aber nicht anzusehen, welche von ihnen den ursprünglichen und welche den gewonnenen Werth darstellen; aus 100 Thlrn. sind wirklich 110 Thlr. geworden. Benutzt der Kaufmann diese 110 Thlr. wieder zum Ankauf von Waare, die durch Verkauf wieder in Geld zurückverwandelt wird, so bringen die beim ersten Umsatz gewonnenen 10 Thlr. ebenso gut neuen Verdienst, als das Stamm-Kapital von 100 Thlrn.; der Gewinn bringt also neuen Gewinn. Das Kapital operirt also genau in derselben Weise, als ob man Zins vom Zins nimmt, Zinseszins berechnet, was bekanntlich bei reinen Geldgeschäften gesetzlich nicht erlaubt ist.

Man sieht also, daß die Operation des Kapitals, wenn sie nicht durch die geschäftliche Form des Waarenaustausches ihr eigentliches Wesen verliert, sogar noch heute nach den bestehenden Gesetzen für unzulässig erklärt wird, grade so, wie früher das Zinsnehmen dem Stehlen und Rauben gleich geachtet wurde.

Bei oberflächlicher Betrachtung dieses Vorgangs steht es nun so aus, als habe der Handel, der den Kaufmann bereichert, wirklich neuen Werth erzeugt; tieferes Nachdenken ergiebt aber die Ueberzeugung vom Gegentheil.

Kaufmann Peter kauft von Hans für 100 Thlr. Kaffee und verkauft denselben an Kunz für 110 Thlr. Peter besaß also zuerst 100 Thlr., Hans den Kaffee im Werthe von 100 Thlrn. und Kunz Waare 110 Thlr., alle drei zusammen besaßen also Werth von 310 Thlr. Nachdem nun Peter den Kaffee von Hans für 100 Thlr. gekauft und an Kunz für 110 Thlr. verkauft hat, besitzt Hans 100 Thlr., Kunz den Kaffee, der 100 Thlr. werth ist, und Peter 110 Thlr., zusammen haben sie, wie früher, 310 Thlr., nur daß Peter jetzt 110 Thlr. und Kunz den Kaffee hat. Es würde Niemand glauben, daß der Kaffee plötzlich einen Mehrwerth dadurch erlangt habe, daß er eine kurze Zeit lang Eigenthum von Peter war. Man ist es freilich aber auch möglich, daß der Kaffee wirklich von Anfang an 110 Thlr. werth war und Peter ihn nur billig von Hans gekauft hat. Dann hatte Hans ursprünglich Werth von 110 Thlr., Peter 100 Thlr. und Kunz 110 Thlr., zusammen hatten sie 320 Thlr. Nach dem Tausch hat Hans nur 100 Thlr., Peter und Kunz jeder 110 Thlr., haben also zusammen wieder 320 Thlr., nur Kaufmann Peter hat 10 Thlr. mehr, die Hans bei dem Tausch eingekauft hat.

Endlich ist es auch möglich, daß der schlaue Peter seinen Geschäftsfreunde über das Ohr haat. Nehmen wir an, der Kaffee sei 105 Thlr. werth, Peter kauft ihn für 100 Thlr. und verkaufe ihn für 110 Thlr., da hätten sie zusammen 315 Thlr.; nach dem Tausch hat Hans nur 100 Thlr., Kunz den Kaffee im Werth von 105 Thlr. und Peter hat 110 Thlr., d. h. er hat von Hans und von Kunz, von jedem 5 Thlr., zusammen 10 Thlr. verdient.

Man kann die Sache also betrachten, wie man will, man wird immer finden, daß das Handels-Kapital nur Werthe aus einem Besitz in den andern überführt und dabei durch billigen Kauf und theuren Verkauf Werth, also fremden Arbeitsertrag, zu erlangen sucht; niemals mehr neuer Werth durch den Handel erzeugt.

Verschiedene bürgerliche Deconomien behaupten nun, durch den Handel gewinnen beide Theile. Das kann zugestanden werden, wenn man nur den Gebrauchswert in's Auge faßt. Der Weber hat mehr Vortheil von der Benutzung des Rods, als von der ihm unnützen Leinwand, der Schneider wieder mehr Vortheil von der Leinwand, als von dem Rod, den er nicht gebraucht. Tauschwerth kann aber, wie wir gezeigt haben, nicht durch den Handel erzeugt oder vermehrt werden; der Einzelne kann sich dabei bereichern, aber immer geschieht das auf Kosten eines Anderen.

Alles, was wir in dieser Beziehung vom Handelskapital gesagt haben, gilt natürlich auch vom Wucherkapital.

Der Waarenkaufmann giebt Geld für Waare und nimmt für die Waare mehr Geld; wir kennen den Prozeß unter der Formel G. W. mehr G. Das Wucherkapital macht das Geschäft einfacher und direct, es giebt Geld und nimmt dafür mehr Geld unter dem Namen Zins, Discout, Provision oder dergleichen. Gewöhnlich wird das Geschäft in der Weise gemacht, daß der ursprüngliche Geldebetrag mit dem Mehrgeld nach einiger Zeit zurückzahlen ist; diese Zeitdifferenz ändert aber nichts an der Sache, denn auch der Waarenhändler verkauft nicht in demselben Augenblick, wo er gekauft hat. Der Wucher, wie er in der neuesten Zeit unter Benutzung des Wechselrechts vorkommt, nimmt sogar die Zinsen vorweg, indem er sie von dem Kapital, welches er giebt, gleich in Abzug bringt.

Das Wucherkapital giebt 100 Thaler und nimmt 110 Thaler zurück, der Effect ist derselbe, wie beim Verkauf von Waare, nur tritt uns hier die Manipulation unvorhüllt in der Formel entgegen:

Geld — Mehr Geld.

Auch hier bedeuten die 100 Thaler nicht neue 10 Thaler; diese 10 Thlr. sind Ertrag fremder Arbeit, die das Wucherkapital einstreicht; neuer Werth ist nicht entstanden.

Es hat sich aus der Untersuchung unbestreitbar ergeben, daß durch den Tausch, durch die Circulation der Waare neuer Werth nicht entstehen kann. Wenn aber gar kein Tausch stattfindet, stehen alle einzelnen Waarenbesitzer nur als Eigenthümer ihrer eigenen Waaren da. Der Tauschwerth dieser ihrer Waaren ist, wie wir wissen, die in denselben enthaltene, allgemein menschliche, gesellschaftlich nothwendige Arbeit, gemessen nach Zeit. Diesem Tauschwerth kann nun jeder Waarenbesitzer neuen Werth hinzufügen, indem er die Waare durch neue Arbeit umformt; der Schneide

lann z. B. aus der Leinwand Hemden machen. In einem solchen Falle wird dem vorhandenen Werth so viel neuer Werth hinzugefügt, als neue Arbeit in die Waare gesteckt worden ist. Der Werth der Waare drückt sich in dem Preise aus; sobald die so mit neuem Werth verbundene Waare in den Tausch eintritt, wird sie schon durch ihren Preis zeigen, daß sie jetzt mehr werth ist, als früher. Der Schneider wird für die Hemden, die er aus der Leinwand gemacht hat, einen so viel höheren Preis, als der Preis der Leinwand war, erhalten, als er Arbeit auf die Anfertigung der Hemden verwendet hat.

Der Waarenbesitzer kann also durch Arbeit seiner Waare neuen Werth hinzufügen; aber dieser Werth haftet vom Moment, wo die Arbeit vollendet ist, an der Waare; niemals entsteht aber aus der Arbeit Werth, der sich selbst verwerthet.

Das Handelskapital, wie das Buchkapital sind zwar Werthe, die sich selbst verwerthen; sie sind es aber nur in dem Sinne, daß sie sich auf Kosten anderer Leute verwerthen. Das moderne Kapital tauscht dagegen gleich große Werthe aus, und erzeugt dabei wirklich neuen Werth; diese Wertherzeugung vollzieht sich nicht im Tausche, da hier Entstehung von Mehrwerth geradezu unmöglich ist; sie geht vor sich in der Zwischenzeit zwischen den einzelnen Tauschgeschäften.

Es ist klar, daß solche Wertherzeugung durch den Besitz einer Waare — denn das Kapital ist, wie wir gezeigt haben, bald Waare, bald Geld, und in dem Stadium des Geldes kann Mehrwerth nicht entstehen, — nur dann vor sich gehen kann, wenn diese Waare in sich werthbildende Kraft stecken hat; die einzige werthbildende Kraft, die es giebt, ist aber die menschliche Arbeitskraft; Kapital im modernen Sinne, Werth, der sich selbst verwerthet, kann also erst dann entstehen, wenn menschliche Arbeitskraft als Waare auf dem Markt zu haben ist.

Ueber die gewerkschaftliche, politische und locale Agitation (Schluß)

Ein Vergleich mit der Fabrikantenvereinigung ist immer noch besser, als eine directe Unterwerfung der Arbeiter unter die oft schimpflich gestellten Arbeitsbedingungen. Herr K-z. nennt es eine „kleine Aufgabe“, wenn die Gewerkschaften es übernommen haben, durch statistische Feststellung der Arbeitsverhältnisse die Arbeiter über ihre eigene Lage aufzuklären, wenn sie Arbeitsnachweiskontrollen, Krankenkassen errichten und den Arbeitern größeren Rechtsschutz vor den unzureichenden ja oft reactionären Gesetzen gewähren. Ich meine, das ist keine „kleine Aufgabe“, es ist vielmehr die Hauptaufgabe mit, und ebenso wichtig, als die politische Aufklärung und Agitation. Wie schwer ist es, die Arbeiter eines einzelnen Gewerkes zu organisiren und aufzuklären, es dahin zu bringen, auch nur die Hälfte der Arbeiterzahl in ihrem Gewerk zu vereinigen, und doch ist es notwendig, daß mindestens zwei Drittel sich daran betheiligen, um, wie die obengenannten Gewerkschaften, Erfolge zu erringen. Wer, wie Herr K-z., das „kleine Aufgaben“ nennt und dann in einem Athem verlangt, daß zu diesen „kleinen Aufgaben“ sich die Arbeiter eines Gewerkes zusammenschließen sollen, um sich vor der Tyrannei und Bergewaltigung zu schützen; wer dann immer und immer wieder in einem Athem behauptet, daß Gewerkschaften nicht dazu angethan seien, die Arbeiter vor der Bergewaltigung der Capitalistenklasse zu schützen (!!), und dann von „Dummheit der bestgeleiteten Gewerkschaften“ redet — wie in aller Welt will denn Herr K-z. mit den „großen Aufgaben“, mit der Organisation des sozialistischen Staates, mit den Mäusen und Kruppschiffen, mit der Dummheit der großen Masse des Volks fertig werden, wenn die Sozialisten es nicht einmal dahinbringen sollen, die Arbeiter der Gegenwart in ihren Gewerken widerstandsfähig zu organisiren? Wer in der Gegenwart nichts Praktisches zu Stande bringt, wird auch die Zukunft nicht beherrschen können. Die Regelung des Lohns, der Arbeitszeit, des Lehrlingswesens, die Unterstützung bei Krankheit, Reise, Maßregelung, Invalidität, der Schutz vor übermüthigen Bedrückungen, die Ausflüchtung über die ökonomischen und rechtlichen Gesetze, wer dies alles als „kleine Aufgaben“ ansieht, dessen Logik scheint mir schwerlich dazu geschaffen, um dereinst den Volksstaat zu organisiren. Gerade durch diese praktischen Aufgaben der Gegenwart müssen die Sozialisten erst befähigt werden, die Theorie des sozialistischen Staates in die Wirklichkeit umzusetzen. Sowie in Kürze von der praktischen Bedeutung der Gewerkschaften.

Nun zur theoretischen. Die Gewerkschaften sind ein Stück zum Anfang der sozial-politischen Organisation der Arbeiterklasse. Sie sind nicht etwa nur dazu da, um ihre nächsten praktischen Aufgaben zu erfüllen und sich dann in politische Vereine aufzulösen. Nein, sie sind die Unterlage der sozialen und ökonomischen Organisation des Volksstaates selbst. Sie sind der Grundpfeiler des neu zu erwerbenden Arbeitsrechts, und da sie als soziales Element aufzutreten, sind sie, wie Lassalle in der Vorrede zu seinem „System der erworbenen Rechte“ äußert, als „soziales Element noch viel politischer als das Politische selbst“. Sie haben bei der Emancipation des Arbeiterstandes dieselbe Rolle zu erfüllen, wie die Innungen des Mittelalters, welche das erste Mittel waren, um dem beweglichen Capital, der Bourgeoisie, zur Herrschaft im Staate zu verhelfen. Bleibe man unbeforgt darüber, ob die Regierungen oder Herrschenden damit einverstanden sind oder nicht: die Zeit wird kommen, wo die Herrschenden des Volkes bedürfen. Die Geschichte lehrt, daß Reid, Mißgunst, Unverträglichkeit immer das Symptom des Herrschens gewesen ist. Wenn der Arbeiterstand fortfährt, seine Organisationen zu consolidiren und seine Solidarität zu verwirklichen, dann werden die Regierungen zu Concessionen gerade im dem Augenblicke genöthigt werden, wo sie das Schwert aus der Scheide ziehen, um sich gegenseitig zu beschneiden. Die Rechte, welche sich die Innungen zur Geltendmachung ihrer Interessen eroberten, stammen alle aus jener Zeit, als die Kaiserlichen das Volk brauchten, um sich vor den Einfällen fremder Völker und vor der Macht des hohen Adels zu schützen. Die früher mit Todesstrafe der Borstände verbotenen Innungen wurden als gesetzlich anerkannt, als sie ihre Macht gezeigt, und als Heinrich der Finkler und Rudolph v. Habsburg daran denken mußten, ihre Städte vor den Einfällen der Slaven und Türken zu beschützen. Die Herrschenden von heute erkennen die Arbeiterbewegung als eine Macht, darum wird sie bekämpft. Nur Geduld! Die Regierungen müssen wie die vorgenannten Kaiser mit dem Volke gehen, wenn sie sich von Außen und Innen bedroht sehen. Damit aber die ganze Bewegung nicht ein ähnliches Nüchternes Ende nimmt, wie die Bewegung des emporgelommenen Bürgerthums, darum haben wir neben der Gewerkschaftsbewegung die politische Partei, welche dazu berufen ist, die Principien, die Endziele der Arbeiterbewegung zu verankern.

Nun zu ad II. Herrn K-z. ist die politische Agitation die Hauptsache. Die Sache ist aber vielmehr die, daß die politische

Agitation eine der Hauptsachen ist, denn neben ihr besteht, wie Herr K-z. nun wohl bald einsehen wird, auch die gewerkschaftliche und zudem noch die ökonomische oder wirtschaftliche Organisation, die Consumvereine, Productivgenossenschaften ic. Herr K-z. sagt nun: „Die sozialistischen Arbeiter tragen das Recht auf den vollen Arbeitsertrag viel zu lebhaft in sich, um mit Brotsamen, die sie durch Selbsthilfe erlangen können, zufrieden zu sein.“ Sehen Sie, Herr K-z., diesen Satz wenden Sie nur auch auf die Gewerkschaften und die politische Organisation an; wer an der Selbsthilfe der Gewerkschaften keine Befriedigung findet, der muß, sage ich, auch Mitglied der Partei werden. Ja, es ist sogar notwendig, dringend erheischt, daß die Arbeiter ihre politischen Rechte geltend machen, um ihren sozialen Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen. Aber mit dem Einen Spielerei treiben und mit dem andern den Staat reformiren zu wollen, Herr K-z., das geht nun einmal nicht. Herr K-z. bezweifelt, daß durch eine Majorität im Reichstag ein Normalarbeitstag eingeführt werden könne, weil sich dem der Bundesrath und die Minister nebst der Majestät entgegensetzen würden und wie er sich die Sache vorstellt, nicht mit Unrecht. Wie aber, Herr K-z., wenn hinter der politischen Partei außerdem noch 1 Million organisirter Gewerkschaftsmitglieder ständen, glauben Sie wirklich, Bundesrath, Polizei, Capital und Militär könnten die organisirten Arbeiter daran hindern, den 8- oder 9stündigen Arbeitstag einzuführen? Mit 50,000 Parteimitgliedern und einer Million Gewerkschaftler, die energisch gewillt sind, den 8stündigen Normalarbeitstag einzuführen, bindet weder der Bundesrath noch die Polizei an. Das ist eine thatsächliche Macht, mit der die Herrschenden rechnen müssen. Mit 30-40 Arbeitervertretern im Reichstag, mit einer politischen Organisation von 50,000 Parteimitgliedern und einer Million Gewerkschaftlern läßt sich der Normalarbeitstag von acht Stunden durchführen, und die Regierungen werden wohl oder übel dazu Ja sagen müssen. Aber mit Herrn K-z. auf eine Majorität oder darauf warten wollen, bis der ganze Regierungsapparat in den Händen der Arbeiter ist, das wäre nicht klug. Wir werden uns wohl noch vorläufig mit den „kleineren Aufgaben“ begnügen müssen, bevor die Minister „das Echo der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands sind, welche die Forderungen unseres Programms verwirklichen.“ Eine von den „kleinen Aufgaben“ mag Herr K-z. mit lösen helfen: Sie heißt unabhängige soziale und politische Organisation! Die auf der Gewerkschafts-Conferenz in Gotha gefaßten Beschlüsse, welche die Gewerkschaften als unabhängig von der Partei hingestellt wissen wollen und eine lockere Vereinigung (nicht Verschmelzung, wie Herr K-z. meint) der selbstständig organisirten einzelnen Gewerke empfehlen, ist daher wohl zu bekräftigen. Die Vereinigung aber hat nur dann Werth, wenn die einzelnen Gewerke auf eigenen Füßen stehen können; jedes muß seine Angelegenheiten frei und aus eigener Kraft ordnen. Fragen aber, welche die Allgemeinheit betreffen, können sehr wohl von der Allgemeinheit besprochen und gelöst werden.

Zu ad III. bleibt wenig zu sagen übrig, da es sich hier nicht um allgemeine taktische Fragen handelt, sondern rein um praktische und örtliche Angelegenheiten. Immer und überall, bei der sozialen, ökonomischen und politischen Organisation wird man sich nach den Verhältnissen richten müssen. Wenn man hier einen Wahlverein, dort einen Lesekreis, an anderer Stelle Consumvereine begründen muß, mit der ausgesprochenen Absicht, der Sache zu dienen, die Mitglieder zu befähigen und zur Verwaltung heranzuziehen, oder durch die locale Presse wirksamere Agitation zu entfalten, so kann dagegen nichts eingewendet werden, wenn die Parteipflichten nicht vergessen werden. Darin hat Herr K-z. Recht, wenn er behauptet, je mannichfaltiger die Beziehungen der Sozialisten mit allen gleichgültigeren Schichten der Bevölkerung sind, um so rascher werde sich der Sozialismus allen Kreisen mittheilen. Aber zu warnen, davon zu warnen, daß Niemand den Arbeitern „goldene Berge“ versprechen soll, ist verschwendetes Papier. „Goldene Berge“ soll überhaupt Niemand versprechen, wer und was er auch sei. Der Sozialist, der wahre Sozialist verspricht nichts, er handelt, er rathet und thatet. Die Phrasendrescher, die sich von dem Sozialismus die Hebung aller Uebelstände versprechen, und für diejenigen naiven Harmonieapostel, welche von der Gewerkschaftsorganisation in ihrem Embryo den Beginn einer neuen Weltende herausfinden und den Kampf fürchten oder die Arbeiter misleiten, mögen das Wort P. Feuerbach's beherzigen:

„Es giebt Menschen, welche gerade so viel Geist haben, als nöthig ist, um Anderen, die keinen Geist haben, weiszumachen, daß sie Geist haben.“ Carl Hillmann.

Politische Uebersicht.

— Zur Reichsenquete. Aus Zittau schreibt uns der Secretär der dortigen Handelskammer:

„Der geehrten Redaction gestattet sich der Unterzeichnete, zur Berichtigung der in Nr. 72 des „Volksstaat“ in der politischen Uebersicht enthaltene Behauptung, daß bei der Reichsenquete „sozialistische Arbeiter systematisch ausgeschlossen seien“, Folgendes mitzutheilen.

Bei der gedachten Enquete sind, die sächsisch: Lausitz anlangend, Mitglieder der sozialistischen Arbeiterpartei in Baunzen, Zittau, Camenz und Großschönbrunn abgehört worden. In Zittau und Baunzen fanden, um die Anschauungen der verschiedenen Gruppen möglichst unvermischt zu erhalten, gesonderte Vernehmungen der Sozialisten statt. Die Auswahl der zu diesem Zwecke hinzuzuziehenden Arbeiter wurde in Zittau vollständig dem Ermessen des Vorsitzenden des sozialistischen Arbeitervereins überlassen.

Indem ich Sie ersuche, von dieser Thatsache in Ihrem Blatte gef. Notiz zu nehmen, zeichne ich
Zittau, den 28. Juni 1875.

Achtungsvoll
Dr. Roscher,
Handelskammer-Secretär.“

Es versteht sich von selbst, daß das Urtheil, welches wir über die Art der Enquete-Aufnahme im Allgemeinen gefaßt, durch obige Berichtigung nicht berührt wird. Wir bringen nachstehend noch folgende Einzelheiten, welche Hr. Dr. Roscher in der „Concordia“ veröffentlicht:

„Ohne Mitwirkung, aber mit ausdrücklicher Billigung des Hrn. Regierungs-Commissars habe ich Johann in drei je 4stündigen Sitzungen, welche erst nach Feierabend beginnen konnten und daher meist bis nach Mitternacht dauerten, die hiesigen (Zittauer) Sozialdemokraten über die Programmpunkte abgehört. Ich hatte dem Vorstande derselben diesen Wunsch mitgetheilt und fand bei demselben die größte Bereitwilligkeit. An jeder dieser drei Sitzungen nahmen je 20 bis 25 Fabrikarbeiter, Handwerker und Bergleute Theil. Da ich hier aus äußeren Gründen keine Frageprogramme mehr verteilen konnte, so glaubte ich bei der Vernehmung um so sorgfältiger vorgehen zu müssen. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, der Haltung der hiesigen Sozialdemokraten Anerkennung zu zollen. Ich habe unverkohlene, nirgends aber rohe

Aussprachen vernommen. Die äuserst trübten Lebensanschauungen dieser Männer, und das beinahe gänzliche Fehlen der Begeisterung für gewisse (aber welche?) Ideale (?) des Lebens finden in deren Lebensverhältnissen und den geradezu seelenmörderischen (!) Wirkungen der Parteipresse ihre Erklärung. Die Einigung beider sozialdemokratischen Richtungen ist hier insofern schon angebahnt gewesen, als im hiesigen Vereine, der formell der Lassalle'schen Richtung angehörte, schon längst auch der „Volksstaat“ gelesen wurde. Mit Entzücken bemerkte ich, daß nicht wenige Mitglieder die wichtigeren Artikel des „Volksstaats“ zwei-, ja dreimal lesen, um sie zu verstehen. Ich sehe keinen Augenblick an zu behaupten, daß diese einfachen Arbeiter ihre Organe durchschnittlich mit viel größerer Gründlichkeit studiren als unsere „Bourgeois“ in Kaffeehäusern und Bierlocalen ihre Zeitungen. Die Wirkungen waren auch bei der Enquete fühlbar. Wo eine nach bestimmten Grundsätzen geleitete Presse besteht, da werden die Leser zu einer geschlossenen Partei herangebildet; wo eine solche Presse fehlt, da wird ein zerfahrenen Individualismus herrschen.

Die Wünsche und Ansichten der Arbeiter, sowohl der Gewerksvereiner, als der Sozialdemokraten, zeigten bei der Abhörung weit mehr Bestimmtheit und Einseitigkeit, als die der Großindustriellen und der Handwerksmeister; und ich glaube nicht unrichtig zu urtheilen, wenn ich diesen Umstand im letzteren Falle auf das Fehlen einer so durchgreifenden Presse, wie der „Gewerksverein“ einerseits und der „Volksstaat“ und „Neue Sozial-Demokrat“ andererseits schiebe.

„Daß ein contradictorisches Verfahren noch mehr geleistet haben würde, wage ich nicht zu bestreiten. Doch wurden die Vortheile eines solchen zum Theil dadurch erzielt, daß nach Beantwortung einer jeden Frage ein Hinweis auf die etwa vorhandene Differenz früher Abgehörter stattfand. Auch glaube ich, daß die Arbeiterverhältnisse in Deutschland noch nicht innere Reife genug haben, um das in England mit Erfolg angewendete System hier mit demselben Nutzen anzuwenden zu lassen (?). Mancher Schlichter würde bei der Confrontation beider Theile zur Schwermüdigkeit, mancher Dreiste zur Grobheit und Renommage verleitet werden, in beiden Fällen zum Schaden der Sache.“

Unter „contradictorisches Verfahren“ versteht man, daß bei derartigen Untersuchungen, wie es in England der Fall ist, die Vertreter der entgegengesetzten Interessen und Anschauungen einander persönlich gegenübergestellt und über die nämlichen Fragen vernommen werden, so daß der Eine den Anderen sofort corrigiren kann. Die Vortheile dieser Methode sind mit den Händen zu greifen, sie ist geradezu unerläßlich, und wo sie — bei derartigen Untersuchungen — nicht befolgt wird, läßt sich nur ein einseitiges, werthloses Resultat erwarten. Darum fällt auch der bekannte statistische Engel, in Deutschland die höchste Autorität auf diesem Gebiet, ein so ungünstiges Urtheil über die deutschen Reichs-Enqueten: „Von den Reichsenqueten,“ schreibt er in der „Zeitschrift des statistischen Bureau“ — und dieses Zeugniß wiegt schwerer als die Bedenken des Herrn Roscher gegen Anwendung des contradictorischen Verfahrens — „haben wir bei der Art und Weise, wie sie in Deutschland angeestellt werden, nur eine bescheidene Meinung. Ihr Gelegenheitscharakter raubt ihnen einen erheblichen Theil ihres Werthes und es fehlt ihnen die Controle, die allein durch das contradictorische Verfahren herbeigeführt wird, welches die englischen Enqueten, wobei es ausnahmslos in Anwendung kommt, so ungleich höher stellt als die belgischen und deutschen.“

Und bedenken wir nun, daß bei der Reichsenquete das contradictorische Verfahren, ohne welches keine „Controle“, d. h. keine Garantie der Wahrheit vorhanden ist, nicht nur nicht zur Anwendung kommt, sondern daß auch noch obendrein der Regel nach selbstbewußte, eines selbstständigen Urtheils fähige Arbeiter nicht vernommen werden, so liegt es am Tag, daß aus der Reichsenquete alles Mögliche hervorgehen kann, nur nicht die Wahrheit. —

— Graf Arnim ist in zweiter Instanz zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, von der Hauptanfrage wurde er auch diesmal freigesprochen. Indef, 9 Monate ist für die Nerven des Reichskanzlers doch ein besseres Heilmittel als die 3 Monate der ersten Instanz, und es war doch nöthig, daß die Welt sich wieder einmal von der Richtigkeit des hübschen Sprüchleins überzeugte: es giebt noch Richter in Berlin.

— Eine treffende Charakteristik des Reichs der Gottesfurcht und frommen Stieberheit, giebt eine Annonce, die wir in Nr. 141 (vom 26. Juni) des „Zeitgeist“ finden. Der Verfasser derselben wird unseren Lesern vom vorletzten Münchener Sozialistenprozeß her bekannt sein, wo er zu Gefängnißstrafe verurtheilt ward. Die Annonce lautet:

„Lebewohl an Deutschland und meine Gefinnungsgenossen. Endlich ist die Stunde der Erlösung gekommen, wo ich den Polizeistaat Großpreußen auf immerwiedersehen verlassen kann. Noch ist meine Gesundheit zwar durch nationalliberalen Pesthauch vergiftet. Doch immerhin! Die gesunde und freie Luft des Auslandes wird mich wiederherstellen. In der moderigen Kerkerluft des „Reichs“, wo der Geldproy „Schuldig“ über die Armut spricht, ist dies unmöglich. Senng der Worte! Die „Pressfreiheit“ belegt mit Zuchthausstrafe jedes ehrlichen Mannes Wort. Darum als Abschied nur dies für Bismarck's Polizeireich, meinen wahren Gefinnungsgenossen aber ein herzliches Lebewohl.“

München, den 24. Juni 1875. Rudolph v. Gähler.
NB. Da ich als ehrlicher Mann frei und offen mein Vaterland verlassen kann und will, so diene noch zur Nachricht für Jedermann, daß ich am 30. ds. abreise, mich aber bis dahin jeden Tag Morgens im Café Dengler (Arkaden) und Abends im „Bittelsbacher Garten“ (Theresienstraße) einfinden werde.“

— Ueber den Rasch'schen Prozeß schreibt man uns aus Braunschweig, d. d. 25. Juni:

„Der gegen den Schriftsteller Gustav Rasch wegen seines Buchs: „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ in Braunschweig schwebende Prozeß ist schon wieder in ein neues, für die Verwaltung „der neuen Reichsländer“ durch das Reichsoberamt sehr fatales Stadium getreten. Die Braunschweiger Staatsanwaltschaft ist auf das Andringen des Angeklagten, weil das von ihm beantragte Zwangsverfahren gegen den Geheimrath Agidi, den obersten Bismarck'schen Pressameister, bei den bekannten Umständen der preußischen Justiz doch zu keinem Resultat führen würde, den Reichstags-Abgeordneten Gueber in Hagenau über die Wahrheit der von ihm in seinem Buche geschilderten Presswirthschaft und Pressgründungsweisen des Reichskanzleramts in Elsaß und Lothringen zu vernehmen, eingezwungen. Nach der fulminanten Rede, die der Abg. Gueber über die Presswirthschaft im Elsaß im Reichstage gehalten hat, und die von seiner ganz genauen

Kenntnis der Zustände zeigt, kann das Resultat seiner eidlichen Vernehmung und die Niederlage Bismarcks auch in diesem Punkte nicht zweifelhaft sein. Nebenbei hat das Berliner Kammergericht aber immer noch zu entscheiden, ob der Obheimerath Legidi durch die Zwangsmassregeln, die bei hundert Gelegenheiten gegen demokratische und sozial-republikanische Zeitungsredakteure angewandt sind, zur Ablegung seines Zeugnisses gezwungen werden soll. Der Reichstagsabgeordnete Eugen Richter, der sonst immer über die preussischen Pressgründungen so wohl unterrichtet war, hat sich bekanntlich vor seiner Zeugenerhebung durch die Erklärung, er wisse von den Pressgründungen im Elsass nichts, als was in den Zeitungen stehe, gedrückt. Nachdem sich Eugen Richter auch bei der Abstimmung über den Reptilienfond, gegen den er so oft zu Felde gezogen ist, drückte, kann man sich auch über seine neue Charakterlosigkeit nicht wundern.

Es wäre prächtig, wenn der „Zeugenzwang“ gegen den Bismarck'schen Ober-Sauhirten angewandt würde! Was den edlen Richter betrifft, so erwartet man nun selbst in der Fortschrittspartei seinen baldigen Eintritt in den lang erstrebten Posten im Ministerium. Es ist dies bekanntlich dasselbe Individuum, welches im Reichstage lauchte, als Liebknecht des Massenelends in Preußen erwähnte. Bei den letzten Debatten im Abgeordnetenhaus geriet er sich schon vollständig als Regierungsmann.

— In Brunn wird auf Mord und Brand gestaatsrettelt. Nach fünfjähriger Dauer des Striktes waren bereits über sechzig Arbeiter theils „abgeschoben“, theils wegen „Aufreizung“ dem Strafgericht überliefert, unter letzteren auch eine 19jährige Arbeiterin. Dem österreichischen Staate ergeht es ähnlich wie unserem deutschen Reichskanzler: er jitters vor Frauenzimmern! Das Verfahren der Behörden ist um so skandalöser, als selbst die Bourgeoispreste zu verstehen muß, 1) daß die bisherigen Löhne nicht ausreichend waren, der Strike also berechtigt ist, und 2) daß die Arbeiter mit größter Mäßigkeit auftreten. Doch — das ist es ja gerade: Staat und Gesellschaft sind deshalb nur in um so größerer Gefahr!

— Vom Parteigenossen L. Edstein geht uns folgende Erklärung zu:

Da man sich auf mich berufen hat, um die Anklage auf Unterschlagung gegen Dehme zu stützen, so erkläre ich hiermit, daß diese Anklage vollständig unbegründet ist, und daß das Angekl. der Genossenschaftsbuchdrucker hinterzogene Geld im Geschäft vorhanden war und jeden Moment erhoben werden konnte. Die Münchener Behörden wollten aber nicht. Es sollte eben ein Sozialdemokrat moralisch todtgeschlagen werden.

Deuben bei Dresden, den 29. Juni.

L. Edstein.

— Auf erhobenen Einspruch verhandelte das Berliner Kammergericht am 26. Juni in dem Prozesse wider die Leiterinnen des Berliner Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Bereins wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Mit einigen Modifikationen wurde das Urtheil der ersten Instanz bestätigt, wonach die beiden Präsidentinnen und die Schriftführerin zu je 60, resp. 30 Mark verurtheilt sind. Eine Frau Müller wurde freigesprochen. Daß diese sozialistisch gesinnten Frauen durch das richterliche Veto der Arbeiterbewegung nicht verloren gehen, braucht wohl kaum erst erwähnt zu werden.

— In dem Prozesse Pehold und Kayser zu Dresden wurde Dienstag den 21. d., in der geheimen Hauptverhandlung, welche vor 9 Uhr Morgens bis Nachts 10 1/2 Uhr dauerte, folgendes Urtheil gefällt. Pehold ist wegen Majestätsbeleidigung, Beleidigung des Fürsten Bismarck, des preussischen Justizministers, des preussischen Richterstandes, des Staatsanwalts zu Halle, der hiesigen königl. Polizeidirection zu einer Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren verurtheilt, von der 2 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt abgerechnet, und die 3 noch zu verbüßenden Monate hineingerechnet werden. Kayser ist wegen Beihilfe zu zweimaliger Bismarckbeleidigung und Beleidigung des Staatsanwalts zu Halle mit drei Monaten 14 Tagen, in die noch 4 zu verbüßende Wochen Gefängnis wegen Beleidigung des Offizierstandes hereingerechnet werden, bestraft. Pehold wurde ferner verurtheilt, die Hälfte, Kayser ein Viertel der Kosten zu tragen, während ein Viertel auf die Staatskasse übertragen wurde.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Mülheim a. d. R., 26. Juni. Das hiesige Bezirkslokal für Schuhmacher befindet sich bei Ww. Ernst Dinsing im Kohlenlamp. Reise-Unterstützung wird ausgezahlt bei Jean Zinkhan, Bachstraße 46, Hinterhaus.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Auf der in diesen Tagen stattgehabten Generalversammlung sind die Anschuldigungen, welche von den ehemaligen Mitgliedern der Control-Commission Brandt, Leo und Kruse gegen den Vereinsoorstand erhoben waren, eingehend geprüft worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß von Brandt, Leo und Kruse Zahlen veröffentlicht wurden, welche mit dem letzten Rechnungsjahre gar nicht zu thun hatten, sondern sich auf frühere Verwaltungsjahre bezogen. Selbstverständlich wurde dadurch das Verfahren der genannten drei Herren schon von vornherein als ein unverantwortliches flagrant. Statt der behaupteten 908 M. 80 Pf. sind nur 190 Mark für sämtliche Verwaltungsjahre während der Zeit, in welcher D. Groß als Vorsitzender fungierte, verausgabt worden. Dies allen Genossen zur Notiz.

Im Auftrage der Generalversammlung:

A. Rahl.

Gewerkschaft der Tischler.

Berlin, 26. Juni. Es wird hiermit zur Kenntniß gebracht, daß den Kollegen in Senabrück von ihren Arbeitgebern ein neuer Accortarif für Bau- und Möbel-Arbeit vorgelegt worden ist, worin so erhebliche Abzüge stattfinden, daß es nach vorigen Verträgen nicht möglich ist, dabei das trodene Brod zu verdienen. Da sich nun die dortigen Kollegen dies nicht gefallen lassen können und wollen, und es ohne harten Kampf nicht abgehen wird, so fordere ich hiermit dringend auf, den Bezug von Senabrück ganz entschieden fern zu halten.

W. Schmitz, Vorsitzender.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar).

Augsburg. Angesichts der für Braunschweig als Ort zur Abhaltung der Generalversammlung stimmenden Mehrheit der Mit-

glieder nehmen wir unseren früheren Antrag zurück und erklären uns mit der Abhaltung in Braunschweig einverstanden.

J. A.: Der Vertrauensmann.

Correspondenzen.

Reichenbach, 27. Juni. Nachdem das Camphausen'sche Sparsystem zur Hebung der Industrie im preussischen Abgeordnetenhaus von verschiedenen Seiten offene und stille Mißbilligung erfahren, hätten wir nicht vermuthet, daß dasselbe seine Wurzel bis zu uns ausbreiten würde, und zwar hauptsächlich, weil unsere Fabrikanten sehr human, sehr liebevoll etc. sind. Sie geben viel und gerne bei öffentlichen Sammlungen für Unglücksfälle, sie geben viel zu Christbefeuerungen für Arme und Dürftige, sie geben zur Unterstützung für arme Confirmanden, wenn auch böse Zungen bei Diefem oder Demem das Sprichwort anwenden: „Einem geschenkten Gaul sieht man nicht ins Maul“, sie geben zur Unterhaltung der Kleinkinderbewahranstalt, und außerdem macht dieser oder jener dieser Herren seinen Arbeitern mitunter einmal eine besondere Christbefeuerung oder er giebt ihnen bei Anlaß eines Familienfestes einen Schmaus, wofür sich dann diese im Lokalblatt groß und breit allergehorsamst bedanken. Wer nach solchen Vorgängen sagen wollte, unsere Herren Fabrikanten seien nicht human, der würde feveela. Um so mehr wird es aber gerechtfertigt erscheinen, wenn man sich über den Einzug Camphausens bei uns sehr wundert! Aber jede Sache hat zwei Seiten, und wir wollen auch nicht voreilig ungerecht sein, wollen sehen, ob das Sparsystem durch Lohnabzüge zur Hebung der Industrie nothwendig ist. Und da finden wir zuerst, daß ein Fabrikant den alten Spulweibern, deren Nahrung Eisorie und Kartoffeln oder trodenes Brod ist, an 200 Zahlen (Strähnen Garn) 1 Mgr., sage einen Neugroschen abzog. Flugs schnellte die hiesige Industrie ein großes Stück in die Höhe! Ein anderer zog auf 181 Ellen 105 Pf. ab, da schnellte sie schon wieder etwas höher, und so ging es verschiedenartig fort, so daß die Abzüge 10 bis 13 und noch mehr Prozente betragen. Hierbei wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß sich bis jetzt nur erst die wenigsten unserer Herren Fabrikanten zur Höhe dieses Kulturkampfes erhoben haben. Aber fast wären wir von der Hauptsache abgekommen, nämlich ob und wie durch die Lohnabzüge die Industrie gehoben wird, und da hatten wir Gelegenheit, folgende Meinung zu hören. Es hatte nämlich einer der Herren, und unseres Wissens der erste Schüler Camphausens, seine Lohnabzüge damit zu entschuldigen gesucht, daß er keine Aufträge habe, obgleich in seiner Fabrik die Arbeitszeit eine halbe Stunde früher beginnen mußte, und als man ihn fragte, ob er durch Herstellung billigerer Waare mittelst der Lohnabzüge Aufträge erlangen und auch billigere Angebote machen werde, antwortete er: „Ich werde mich hüten“. In diesen Worten liegt der Schlüssel zum ganzen Räthsel. Unsere Fabrikanten haben seit 1866 eine Periode gehabt, wie sie vor der Zeit nie dagewesen sein mag, woher hätten sie sonst so schnell und so gewaltig reich werden können? Und da das Geschäft jetzt nicht mehr so ungeheuer riesig geht, wollen sie sich durch Lohnabzüge einigermaßen entschuldigen. Freilich, es mag eine schöne Sache sein, wenn in einem Comptoir so und so viele Arbeiter wöchentlich abliefern, und es werden jedem 10 bis 15 Mgr. abgezogen. Woher käme sonst dieser Luxus, dieser Ueberfluß, ja man kann sagen, die Verschwendung, die da einerseits herrscht, gegenüber der Noth, dem Mangel am Nöthigsten, diesen Klagen etc. andererseits? Ja, wenn dies Herr Camphausen mit ansehen könnte, es würde ihm das Herz im Leibe lachen. — Wir aber werden, dem Grundsatze halber: „Ehre dem die Ehre gebührt“, Diejenigen, welche sich in die Camphausen-Schule so gut hineingefunden, mit Namen in diesen Blättern zur öffentlichen Kenntniß bringen und auch die befreundete Presse um Aufnahme ersuchen, damit sie möglichst zur allgemeinen Kenntniß kommen, vor Allem aber um Herrn von Camphausen die Möglichkeit zu sichern, sie recht bald mit stattlichen Orden zu decoriren.

Meiningen. Arbeiterbildungsverein. Wohl könnte mancher Parteigenosse denken, die hiesige Bewegung sei vergangener Herbst in Rauch und Flammen aufgegangen, da die Nachrichten von hier so spärlich fließen, indes wir sind nicht allen Schuld, denn als voriges Jahr am 25. Juli Herr Bahleisch seinen 2 1/2 stündigen ausgezeichneten Vortrag über „die Sozialdemokratie und die Stellung der deutschen Arbeiterpartei“ hielt, brachte dieser unsere Bourgeoisie solchermassen in Angst und Schrecken, daß sie es sofort für nöthig fand, zunächst den Wirth, der seinen Saal hergegeben hatte, damit zu strafen, daß dem Militär der Besuch dieses Locals verboten wurde, obgleich wir unser Vereinslokal wo anders hatten, und nur der Bildungsverein, bestehend aus der Bourgeoisie dort sein Domicil aufgeschlagen hatte. Doch mit der Maßregelung des Wirthes noch nicht zufrieden, fanden es diese Herren in ihrer Augkammer für gut, die Gründung eines reichsfremdlichen Vereins zu empfehlen mit dem Motivo, daß ich nur dem ungefähren Sinn nach wiedergeben kann. Es sei dringend nöthig, daß sich alle Reichsfremde organisirten, da von der kleinen, aber gut organisirten und jähren sozialdemokratischen Partei das Schlimmste zu befürchten sei. Dieser Verein sollte Anfangs September konstituirt werden, doch da kam der große Brand, und die reichsfremdliche Idee ging in Feuer und Flammen auf und ist nun wahrscheinlich mit der Asche und dem Schutt abgefahren worden. Die kleine jähre Partei der Reichsfeinde aber besteht heute noch, hat sogar seit Neujahr wieder ein festes Lokal. Obwohl wir im Anfang des neuen Jahres nur noch acht Mitglieder zählten, haben sich diese wieder ziemlich vermehrt. Auch eine Gewerkschaft der Schuhmacher ist in Thätigkeit auf beruflichem Gebiete getreten, auch die Tischler regen sich, einen Tischlerverein zu gründen, um mehr Lohn erzielen zu können. Dieselben hielten am 24. Mai zu diesem Behufe eine Versammlung ab, wozu auch ich und noch zwei Freunde eingeladen waren. Nachdem der Vorstand organisirt war, eröffnete der Vorsitzende Brodmann, Tischler aus Pommeren, die Versammlung und ertheilte zunächst Herrn Blume, Tischler aus Danzig, das Wort. Dieser bedauerte, daß die Versammlung nicht besser besucht sei, erklärte sodann, daß die hiesigen Tischlergehülften mit dem Lohn, den sie bis jetzt erhielten, nicht auskommen könnten, da der höchste Satz 1 Fl. 30 Kr. = 2 M. 57 Pf. betrüge. Er stellte solchem Verdienste die Haushaltungsrechnung eines Arbeiters gegenüber, woraus ersichtlich war, daß derselbe noch 60 Pf. pro Tag übrig behielt. Nach diesem Küchenzettel zu leben, ist allerdings ein Kunststück! Die Anwesenden wurden zur Gründung eines Vereins und zu fester Ausdauer sodann aufgefordert. Die Hauptfrage seines ganzen Vortrags aber war, daß er wiederholt versicherte, daß sie nichts mit der Sozialdemokratie gemein hätten und auch nichts damit zu thun haben wollten, überhaupt nicht nach diesem Prinzip verfahren wollten u. s. w. Wahrscheinlich geschah dies, um die im Nebenzimmer anwesenden Herrn Meister zu beschwicheln. Nach Blume erhielt ich das Wort. Ich bekannte mich zunächst offen als Sozialdemokrat und

suchte sodann nachzuweisen, wie der Arbeitsmarkt d. h. Angebot und Nachfrage sich regeln, und wie namentlich die in den letzten Jahren bewirkte Steigerung der Arbeitslohn nach den Rathschlägen des Herrn von Camphausen wieder abgethan werden sollte. Ich war eben daran, durch Zahlen nachzuweisen, was eine Familie von fünf Personen nach den heutigen Lebensmittelpreisen brauche, aber da fing auch der Staat an, in seinen Grundfesten zu wackeln, er mußte gerettet werden. Der Staatsretter war nicht weit. Der Polizeidiener, der die Versammlung überwachte, hatte zwar an meinen Ausführungen, wie es schien, nichts auszusagen; Herr Blume aber unterbrach mich, als ich das Camphausen'sche Rezept erwähnte und verlangte „Wahrheit!“ Ein Zeichen, daß der Mann gar nichts kannte. Da plötzlich stürzte mit wildem Grollen zur Thür herein der Staatsretter, und zwar in der Gestalt des des Lokal-Wirthes, Herrn Christian Keiner, vormalig Hausknecht alias Stiefel- und Wagenpuger im Sächsischen Hof dahier. Indem er dem Vorsitzenden sehr scharf zusetzte, machte er einen Heidenlärm; ja ich glaube, er hätte sich lieber gleich auf mich gestürzt und seine Hausknechtatur spielen lassen. Da ich aber sah, daß es nicht möglich sei, weiter zu sprechen, verließ ich mit folgender Bemerkung den Saal: „Da ich sehe, daß Herr Keiner nicht zur Ruhe kommen kann, so lange ich anwesend bin, und da wir Sozialdemokraten nach unserem Prinzip zu friedliebender Natur sind, will ich lieber gehen.“ Doch damit noch nicht zufrieden, wollte Keiner uns auch noch durch den Polizeidiener aus dem Garten bringen lassen. Dies war allerdings nicht so leicht, und mußte der Polizist unverrichteter Sache wieder abgehen. Wir tranken ruhig unser Bier aus und versetzten uns in unser Vereinslokal, wo wir eine Erklärung abfaßten, um dem tapferen Gastwirth und Staatsretter etwaiges Lügen zu vereiteln, da wir befürchteten, daß er, wie er schon einmal gethan hat, ausprengen werde, er habe uns hinauszuwerfen! Nun, das Lügen ist ja wohlfeil, doch diesedmal sollte es nicht so billig werden. Anderen Tag ertheilte der Thatsachend im Tagesblatt und das Ende vom Liede war, daß die Tischler in unser Lokal zogen. Sie hatten also den Abscheu vor den Sozialdemokraten überwunden. Am 27. Mai wurde da eine zweite Versammlung abgehalten. Auch hier betonte Herr Blume wieder sehr stark, daß sie nichts mit den Sozialdemokraten zu thun hätten; „wie wollen keinen Verein gründen, sagte er, wo man nur den Vergnügungen nachgeht, und wo jeder Mißgabelgeselle aufgenommen wird, sondern einen Verein, mit dessen Hilfe die Lage der Tischler verbessert werden kann.“ Er forderte die Anwesenden deshalb zur Einigkeit auf, um so das große Werk der deutschen Einigung, welche durch den heiligen Krieg hergestellt worden, und an dem auch er mitgeholfen und seine Brust den feindlichen Kugeln ausgesetzt habe. Er erläuterte dann noch den Entwurf der Statuten, machte Vorschläge hierzu, fügte bezüglich der Anerkennung derselben von Seiten des Magistrats die Bemerkung bei, daß der Herr Oberbürgermeister, ein sehr kluger Mann, mit einer sehr liberalen Gesinnung, gewiß den Absichten, welchen in den Statuten Ausdruck gegeben werden sollte, gerne Vorschub leisten werde. Ich suchte indes den einzelnen Mitgliedern die Sache klar zu legen, und forderte sie namentlich auf, doch lieber eine Mitgliedschaft der Holzarbeiter-Gewerkschaft zu gründen, was mir auch theilweise gelang, so daß ich erlucht ward, die Statuten herbeizuschaffen, was bereits geschehen ist. Wir haben alle Hoffnung, die Organisation durchzubringen, denn selbst Blume gab in der letzten Versammlung die Erklärung ab, daß er sich sehr geirrt und uns vollkommen verkannt habe. Trotdem nun Blume vorher erklärt hatte: „wir wollen nichts mit den Sozialdemokraten zu thun haben,“ so hinderte dieses doch Herrn Zimmermeister Ernst Hofmann, Mitbesitzer der Dampfmaschine von Hofmann & Hegolt, in welcher Anstalt Tischlerei, Glasmalerei, Spinnerei etc. getrieben wird, nicht, seine beiden besten Tischler sofort außer Arbeit zu schicken, weil sie Sozialdemokraten wären.“ Hofmann war einer von den drei Meistern, welche während der Staatsretterei am 24. Mai im Nebenzimmer saßen, und dieser wackere Reichs- und Arbeiter-Freund soll, nebenbei bemerkt, im Dienste des Königs Gambrius bereits in sehr hohen Würden stehen. Die Heijagd der Spießbürger ist hier eine viel schlimmere als die der Polizei und es thut wirklich Noth, daß mehr Aufklärung unter die Arbeiter und Handwerker hier kommt, namentlich da jetzt der abgebrannte Stadttheil wieder aufgebaut wird und gegenwärtig so gegen 1200—1500 Bauarbeiter aller Art hier arbeiten. Unter diesen gibt es nun auch eine gute Portion Belgier, Italiener und Franzosen, welche ihrer sozialen Stellung nach den Rallis sehr nahe kommen. Sie wurden trappweise hierher gebracht und werden meistens zur Backsteinfabrikation und Ecdarbeiten verwendet. Es ist jetzt zwar viel Arbeit, aber im Verhältniß zu den Lebensmitteln und Miettpreisen ist der Lohn nach ein sehr geringer, durchschnittlich im höchsten Anschlag 25 Mgr. täglich. So arbeitet Mancher, um nur irgend etwas Entsprechendes zu verdienen, im Accord von 4—5 Uhr Morgens bis 8—9 Uhr Abends, und wer dieses ändern will und darüber spricht, das ist ein böier Sozialdemokrat, der nicht haben will, daß sich die Herren Meister zum Frühstück ins Wirthshaus setzen, während sie doch zu ihren Arbeitern in die Werkstatt gehören. Wann werden die Arbeiter endlich rechnen und die Ursachen des ehrenen Lohnes begreifen lernen!? Ich hoffe von jetzt ab, mehr über die hiesigen Verhältnisse berichten zu können, und hoffentlich immer Günstigeres betreffs Fortgangs unserer Bewegung.

J. G. Gütte.

Augsburg. Da unsere Gesinnungsgeossen vielfach polizeilicher Seite daran gehindert werden, die Kosten der Versammlungen durch die Anwesenden selbst, mittelst sogenannter Teller Sammlung, auszubringen, sehen wir uns veranlaßt, ein diesbezügliches Erkennntnis der Öffentlichkeit zu übergeben.

Der Unterzeichnete hielt bei Gelegenheit der letzten Reichstagswahl in dem nahen Friedberg eine Versammlung ab und forderte am Schlusse seiner Rede die Anwesenden auf, zur Deckung der Kosten, welche die Versammlung verursacht, freiwillig etwas beizusteuern. Einige Wochen später brachte dem Unterzeichneten ein Gerichtsvollzieher-Gehilfe eine Strafvollziehung ins Haus, wegen unerlaubter Geldsammlung“. Unterzeichneter zahlte nichts, und wandte sich beschwerend an das Landgericht Friedberg. Die Verhandlung allda ergab die Befristung der Straferfüllung. Nun ging's an das Bezirksgericht Nibach. Auf den Rath eines dortigen sehr humanen Rechtsanwalts sandte Unterzeichneter seine Vertheidigung schriftlich an das dortige Bezirksgericht und brieflich auf ein diesbezügliches oberrichterliches Urtheil vom 4. Mai 1872 (enthaltend in den Sammlungen von Urtheilen des obersten Gerichtshofes in Gegenständen des Strafrechts-Prozesses II. Band, 2. Heft, Seite 134), wonach ganz derselbe Fall für straffrei erklärt wurde. Das Resultat war folgendes freisprechende Erkennntnis:

„Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern erkannt das lgl. Bezirksgericht Nibach in Sachen Beschuldigung Herr Hofmann sucht jetzt auch in den Zünften einige Wasserstellen bei hohem (?) Lohn — wie gewöhnlich! —

des Jakob Endres wegen Uebertretung einer unerlaubten Sammlung zu Recht:

Jakob Endres, katholisch, 36 Jahre alt, verheirateter Schuhmacher von Augsburg, wird unter Ueberbürdung der Kosten erster und zweiter Instanz auf die kgl. Staatskasse von der gegen ihn erhobenen Anschuldbildung freigesprochen.

Entscheidungsgründe.
Nach der dem Art. 52 des P.-O.-B. innewohnenden Intention wollten offenbar nur Sammlungen von Gaben und Beiträgen der strafrechtlichen Einschreitung unterworfen werden, deren Leistung nicht eine rechtliche Verpflichtung zu Grunde liegt, sondern um welche lediglich die Freigebigkeit der Spender oder wenigstens der völlig freie Wille derselben angeht.

Mit Rücksicht auf die im erstinstanzlichen Urtheile niedergelegten tatsächlichen Momente, auf welche sich in zweiter Instanz bezogen wird, kann es aber keinem Zweifel unterliegen, daß in concreto die Merkmale unerlaubter Sammlung nicht vorhanden sind, da die Teilnehmer an der Versammlung vom 4. Januar d. J. von dem beschuldigten Jakob Endres bloß zur Deckung der hierdurch veranlaßten Kosten, wozu sie verbunden waren, aufgefordert wurden, welcher Aufforderung sie in Erfüllung dieser Verpflichtung genügt haben.

Die erhobene Berufung ist daher vollständig begründet, weshalb Jakob Endres unter Ueberbürdung der Kosten 1. und 2. Instanz auf die kgl. Staatskasse von der gegen ihn erhobenen Anschuldbildung freizusprechen war.

Wir eruchen um Abdruck des Vorstehenden im „Neuen Sozialdemokrat“, wie auch in unseren bayerischen Organen, damit hauptsächlich unsere bayerischen Genossinnen genügend Kenntniß hiervon erhalten und ungerechte Beschränkungen bei Ausübung der gesetzlich gewährleisteten Versammlungs-Freiheit zurückweisen können.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
J. Endres.
Heidelberg, 22. Juni. Seit „Kaisertag“ hielten wir gestern wieder die erste Volksversammlung ab, in welcher Herr Klein aus Frankfurt über „die Sozialdemokratie der Gegenwart“ referirte; außerdem stand die Organisation der Mitglieder der sozialistischen Arbeiterpartei auf der Tagesordnung. Die Ausführungen des Referenten wurden mit gespanntester Aufmerksamkeit aufgenommen, wofür ihm die gut besuchte Versammlung am Schlusse großen Beifall zollte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im „Redarthaal“ tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, für die Agitation der sozialistischen Arbeiterpartei einzutreten.“

Hier wie überall erlaubte sich die „liberale“ Presse auch aus Anlaß der Vereinigung einen schmutzigen Leitartikel gegen die Sozialdemokratie und ihr neues Programm zu schreiben; dies war auf die Tagesordnung gebracht und der Redakteur der „Heidelberger Zeitung“ vor das Forum der Öffentlichkeit geladen worden; er erschien jedoch nicht. Dessen ungeachtet wurde dieser Artikel in der schärfsten Weise gezeißelt und unter stürmischen Beifall der Anwesenden folgende Resolution angenommen, welche Tags darauf im „Anzeiger“ veröffentlicht wurde:

„Die heute im „Redarthaal“ tagende Volksversammlung erklärt dem Leitartikel in Nr. 132 der „Heidelberger Zeitung“ gegenüber: daß sie für die darin enthaltenen absichtlichen Entstellungen und Lügen nur das Gefühl der Verachtung hat. Der übrige darin enthaltene Blödsinn kann der wissenschaftlich fortschreitenden sozialen Bewegung gegenüber nur Mitleiden erwecken.“

Im Auftrage der Versammlung: Der Schriftführer.
Auch der hier viel gelesenen „Mannheimer Zeitung“, welche einen noch schmutzigeren Artikel gegen die neue Partei losgelassen hatte, wurde gleichfalls der Kopf gründlich gewaschen. Möge man allerorts diesem unsauberen Gewürme solchergestalt den Kopf zertreten!

Wir haben somit aufs neue die Mitglieder organisiert und hoffen nun eine noch größere Hebung der sozialdemokratischen Sache zu erzielen als bislang. Man würde jedoch falsch gedacht haben, hätte man angenommen, die hiesigen Sozialdemokraten hätten sich zurückgezogen; nein, das unverzagte Häuflein hält das rothe Banner hoch, agitirt überaus thätig und ist lange nicht gewillt, sich den schwer erkämpften Boden unter seinen Füßen wegziehen zu lassen. Schließlich sprechen wir noch den Wunsch aus, nun nach der neuen Sachlage von den sozialistischen Reichsboten, die öfters auf Agitationsreisen nach Süddeutschland kamen und uns stets übergingen, besser ins Auge gefaßt zu werden.

B.
München. Der Hauptverwalter der Zimmerleute dahier hat ein Arbeitsnachweis-Bureau verbunden mit Fremdenverkehr errichtet und ladet zu dessen Benutzung freundlichst ein. Arbeitsvermittlung jeden Tag von 7—8 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von 11—12 Uhr Mittags, im Gasthaus zum kleinen Kollergarten, nächst der Schrannehalde. Der Ausschuss.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses Artikels ersucht.

Dorffeld, den 19. Juni. Bergarbeiterversammlung. Sonntag, den 13. d. fand in den Räumen des Herrn Cöppen Castrop zu Barop eine Bergarbeiterversammlung für die Orte Barop, Eichlinghofen und Umgegend statt. Obgleich in dem nahe liegenden Orte Stodum ein Krieger-, Landwehr- und Knappen-Fest stattfand, so hatten sich dennoch die Bergarbeiter zahlreich eingefunden. Aber auch die Herren Beamten der Zechen Witwe Louise u. waren am Plage, um die Arbeiter zu beobachten, welche sich hier beteiligten. Die Tagesordnung war: Die Vereinigung der Bergarbeiter Deutschlands und der Akenbach'sche Erlaß; das Bureau bestand aus den Kameraden Jakobi, Wulf und Töschberg. Kamerad Winger als Referent verlas zunächst den Erlaß und ging dann zu einer Kritik desselben über. Man könne denselben, meinte Redner, in Altona zerlegen und jeden einzelnen Punkt widerlegen, doch lohne es der Mühe nicht; die Unrichtigkeit sei mit den Händen zu greifen und daß ein Minister von fleißigen Arbeitern sage, es sei ihnen Gelegenheit gegeben, bei größeren Leistungen sich den gleichen Erwerb wie früher zu verschaffen, sei eine Beleidigung des ganzen Bergarbeiterstandes. Der Herr Minister stelle uns damit öffentlich als Faulenzer an den Pranger; hiergegen müsse Jeder protestiren, der noch einen Funken von Ehrgefühl in sich trage. Wenn ein Minister Verlängerung der Arbeitszeit fordere, so fordere er damit die Untergrabung des Wohlstandes des ganzen Volkes. Der Erlaß des Handelsministers habe natürlich den Beifall der arbeiterfeindlichen Presse gefunden; in der „Dortmunder Zeitung“ sehe ein aus der „Barmer Zeitung“ entnommener Bericht, welcher besage, daß der Erlaß in industriellen Kreisen freudig begrüßt worden sei und zur Hebung des Allgemeinen Beifall diene; den Bergleuten allein sei der größte Gewinn der flotten Zeit zugeflossen. Man sehe hieraus, mit welcher Unverschämtheit die Reptilienhande der Wahrheit ins Gesicht

schlage. Dem Herrn Minister empfehle er (Redner), die Kohlenhade nur auf einen halben Monat kennen zu lernen, dann würde derselbe, wenn er sich einmal im liegenden Flöße bei 20-jähriger Kohle die Rippen eingedrückt und die Haut abgerissen, jedenfalls auf Verkürzung der Arbeitszeit hinwirken. Ferner bewies der Redner durch eine Bilanz der Zechen Louise Tiefbau, daß im Monat Februar 1875 der Gehalt des Beiseigers auf 106 Thlr., des nachfolgenden Strickers auf 96 Thlr., der anderen Unterseiger auf je 86 Thlr. monatlich gestanden, daß Fahrhauer, welche 30 Thlr. Gehalt hatten, durch Lantime (Anteil am Gewinn) 73 Thlr. auszuhalf bekommen; dann habe man noch eine Kohlenwäsche-Maschine u. angelegt und dennoch 40,000 Thlr. Uberschuß erzielt. Da könne man sehen, wer den Gewinn erhalte. Nach Beendigung des ersten Vortrages stellte Jakobi einen Antrag auf eine Teller-Sammlung, welcher einstimmig angenommen wurde, und erlegte die Vereinigung der deutschen Bergarbeiter. Die Vereinigung der Bergarbeiter, hob Redner hervor, sei eine Nothwendigkeit geworden, alle anderen Branchen seien mit der Einigung vorgegangen und diese der Bergmann, der vor allen anderen am meisten Gelegenheit dazu habe, dem immer dringender werdenden Bedürfnis sich nicht verschließen. Weit genug sei es schon gekommen mit der Unterbildung, und wenn nicht entgegengesetzt würde, sei die Leibeigenschaft unser Loos. Es zielt ja das im Reichstage vorgelegte Contractbruchgesetz auf die nächste Slaverei hin; das beweise namentlich der Paragraph 153 desselben, durch welchen man hindern wolle, daß eine Vereinigung zu Stande komme, wenn es den Ausbeutern beliebt den Arbeitslohn abzumachen, so daß der Arbeiter sich geduldet der Hungerpeinliche fügen müßte. Wenn man hier noch die Knappschafts-Kasseneinrichtung hinzurechne, wo es im § 16 des Knappschaftsbuchs heiße, daß jeder, der vor Ablauf der vereinbarten Kündigungsfrist seine Arbeit verlasse, seiner Rechte als Mitglied verlustig gehe, so habe man schon die Leibeigenschaft damit hergestellt. Unter solchen Umständen müsse Jeder einsehen, wie nöthig die Einigung sei. „Es wird dem Arbeiter durch Hartort und den anderen „höheren Vöbel“ die Unbildung vorgeworfen, — zeigen wir, daß und die Bildung nicht so sehr fehlt, als Denjenigen, die in ihren Casinos nächstlichen Unfug treiben und sich den ekelhaftesten Prassereien hingeben, die sie bezahlen vom Schweiß der Arbeiter.“ Beide Vorträge wurden von den Versammelten mit stürmischen Bravos begleitet. Nachdem nun Kamerad Wolf noch eine kräftige Ansprache gehalten, wurde ein Comité, aus 5 Mann bestehend, gewählt und von Kamerad Jakobi die Versammlung geschlossen.

Mit Brudergruß und kameradschaftlichem Glück auf
H. Töschberg.

Bremen, 24. Juni. (Unliebsam verspätet) Abrechnung über eingenommene und verausgabte Gelder während des Streites der Bremer Schneider. Von auswärts ist eingegangen: Leipzig: Markt durch Witt 15,00, desgl. 60,00; Berlin: durch Höppler 90,00, desgl. 75,00; Hamburg: durch Band 63,00, desgl. 30,00, desgl. 24,25; durch W. Pein 47,00; durch C. Wegner 3,80; Hannover: durch W. Schröder 60,00 desgl. 75,00; Halle a/S.: durch J. Beyer 12,00, desgl. 4,55; Bremerhaven: durch A. Baum 53,00; Osterholz: durch Robert 10,30; Harburg: durch Kästner 14,00; Wiesbaden: durch Schuster 16,50; Flensburg: durch Sillars-hagen 15,60; Esfurt: durch Schäfer 9,00; Altona: durch Götten 44,75; Dresden: durch E. Köhler 75,00; Braunschweig: durch Doppermann 30,00; Rostock: durch W. Ahrens 31,60; Köln: durch A. Blankenhagen 16,35; Düsseldorf: durch J. Renke 14,00; Gien: 6,00; Augsburg: durch J. Rep 31,70; Nürnberg: durch Walling 24,00; Bamberg: durch Stadt 9,00; Osnabrück: durch A. Bezelmann 60,00; Frankfurt: durch Frd. Flüger 65,00; Holzmah: durch J. Tirkat 16,00; Barmen: durch Fenzel 15,00; Iphoe: durch Binler 23,00; Ort? durch H. Weidenhausen 9,00; Mainz: durch W. Schneider 24,00; Dortmund: durch Kalsfleisch 19,75. Summa 1242,15.

Bremen: Von den Schuhmachern 110,60; Tischler-Verein 50,00; Hutmacherbilderschaft 30,00; Holzarbeitergewerkschaft 13,75; Agitationskasse des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins 29,00; Deffentliche Versammlungen 93,58; Durch Sammelbogen 395,10; Von den arbeitenden Collegen 690,75; Kasse des Schneider-Vereins 415,00. Summa 1827,73. Total-Einnahme 3069,88.

Ausgabe: An Untertützungsgeldern wurden ausgezahlt 2792,73; Für Placate zu öffentlichen Versammlungen 34,50; Für Annorcen in den Lokal-Blättern 167,99; Für Depeschen, Porto, Papier u. 74,75. Summa 3069,88.

NB. Da nach Beendigung des Streites von einigen Orten noch Geld angekommen ist, welches aber nach Beschluß gleich wieder retournirt werden mußte, so ist dieses auch insoweit geschehen, als auf dem Coupon die genaue Adresse angegeben war. Auf einigen war dies aber nicht der Fall, und wir ersuchen deshalb die Absender nachstehender Orte, ihre genaue Adresse einzusenden, damit das Geld wieder zurück geschickt werden kann. Würzburg: durch Mich. Kömp 11,00; Götting: durch A. Lehmann 12,00; Cassel: durch J. Weise 12,00; Ulm 7,00. Alle Reclamationen sind an unseren Kassirer A. Post, Bagistrasse Nr. 1 zu senden.
J. A. Friedr. Fellermann.

Briefkasten
der Redaktion. C. C. in Schreiberhan: Widerlegen sollen wir den Blödsinn von den „40,000 Thlr.“ Hafencleber's? Das wäre eine Beleidigung für unsere Leser. Auch zum Lügen gedreht ein gewisser Grad von Verstand, oder doch wenigstens Hyantastie. — G. in B: Mit den paar Unselbären in Hamburg sollen wir uns beschäftigen? Da haben wir Wichtigeres zu thun. Die deutschen Arbeiter wissen woran sie sind, und die gegnerische Presse können wir nicht am Lügen verhindern. Wenn die Herren B. und Consorten sich „Allgemeiner Arbeiterkongress“ nennen wollen, so ist das ihre Sache, wie es auch ihre Sache ist, sich mit Herrn Oberwinder in Wien abzufinden, der, seiner Rolle getreu, ihnen (S. letzte Nr. der „Zeit“) die Ehre seiner Protektion angebeihen läßt. Nehmen Sie dazu die Zärtlichkeit der Hauptbühne für Herrn von Schweiger, und Sie wissen, wer „hinter den Coulissen“ steht. H. in Köln: der betr. Artikel ist uns nicht zugegangen. Bitte um Uebersendung einer Abschrift.

Dattung.
der Expedition. Von R. Hoff Pöfned Ann. 1,25. Durchs Elm Nr. 54,00. Wäre hier Schr. 9,32. Zimmermann Barmen Ann. 0,50. J. Mlle hier Nr. 24,00. Riß Jägerndorf Nr. 6,40. Gebts Danzig Schr. 0,30. Ksmann Hannover Nr. 69,25. Dr. J. J. Königberg Nr. 9,00. Jpl Breslau Nr. 38,50. L. Ver Berschig Nr. 3,67. Ksmann hier Nr. 1,80. Sämtliche Gewerkschaften hier Ann. 3,25. Obich hier Nr. 6,40. Rißh Baden-Baden Schr. 1,00. Blucht bis. S. St. 15,00. Dr Frankfurt Ann. 1,50. Grimma Mainz Nr. 16,40. W Rwe Altona Nr. 27,10. Kaple Berlin Schr. 1,75.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilskleine bez. Antheilsgewinnungen erbielten ferner: in Ronsdorf C. B. 9,00. Wilkau C. D. 15,00.

Anzeigen u.

Berlin
Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonntabend, den 4. Juli, Abends halb 9 Uhr:
Monatsversammlung.
August-Strasse 80, bei Herrn Rade.
Tagesordnung: Kassen- und Revisionsbericht. — 2) Verschiedenes und Antragsstellung. Der Bevollm. [60]

Berlin
Berein der Sattler und Berufsgeossen.
Sonntabend, den 3. Juli, Abends halb 9 Uhr:
Geschlossene Mitgliederversammlung
bei Café Polenz, alte Jacobstraße Nr. 53.
Tagesordnung: Wahl des Agitationskomit6 und Vereinsangelegenheiten. A. Cornen, Vertrauensmann. [60]

Cöln
Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Montag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr:
General-Versammlung
im Schloß Bensberg, Dramarkt Nr. 68.
1. Punkt der Tagesordnung: Abrechnung des 2. Quartals. 2. Punkt: Delegirten-Wahl zur General-Versammlung in Leipzig. 3. Punkt: Neuwahl des Vorstandes.
Ich mache alle Mitglieder auf § 26 unseres Statuts aufmerksam, wonach die Fehlenden 25 Reichspf. Ordnungskasse zu zahlen haben.
G. Busch, Bevollm. [100]

Frankfurt a. M.
Sozial-demokratischer Wahlverein.
Samstag, den 3. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Herrn Psuhl, Zeit 47:
Generalversammlung.
L. O: Abrechnung. — Wahl eines Beisizers. — Verschiedenes.
G. Bayer, Borf. [60]

Gohlis
Arbeiterverein.
Sonntag, 4. Juli, nach Raunhof. Ueber Abmarich u. gelten die früheren Bestimmungen. Rückfahrt von Raunhof halb 9 Uhr Abends. — Montag, 5. Juli, Vorstandssitzung bei Kung'sch. — Mittwoch, 7. d., Volksversammlung im gr. Saale der „Stadt Raunburg“. [50]

Hamburg
Sozialistische Arbeiterpartei.
Freitag, den 2. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Tätig e, Valentinstamm:
Geschlossene Mitgliederversammlung.
L. O: Preis des Volksstaat. Rothamp. [50]

Hamburg
Geschlossene Mitgliederversammlung
des Verbandes der Klemperer und verwandten Berufsgeossen.
L. O: Dringende Vereinsangelegenheiten. — Alle Männer müssen erscheinen.
B. Stoffel, Bevollm. [60]

Leipzig
Gewerkschaft der Metallarbeiter.
Montag, den 5. Juli, punkt halb 9 Uhr:
Versammlung
bei Fröhlich, Nikolaistr. Nr. 38.
L. O: 1) Kassenbericht. 2) Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr und Neuwahl der Verwaltung. 3) Besprechung über den Protest gegen die obligatorische Einföhrung der „Union.“
Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig. [80]

Leipzig
Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonntabend, den 3. Juli:
Versammlung.
Windmühlenstraße Nr. 7.
L. O: Vortrag von Kohler über Arbeitsverhältnisse in Preßen. — Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Bevollm. [60]

Menschönefeld und Umgegend
Arbeiterverein.
Montag, den 5. Juli
Abends 8 Uhr:
Versammlung im „Verglöhöhen.“
L. O: Innere Vereinsangelegenheiten. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend nothwendig.
D. B. [60]

Nieder-Rabenstein
bei Chemny im Gasthof zu Kottlitz:
Allgemeines Arbeiter-Fest
verbunden mit Festzug, Gesangslorenz und Ball. Feste gehalten vom Reichstagsabgeordneten August Bebel. — Von Mittag 1 bis 2 Uhr: Empfang der auswärtigen Theilnehmer. 2 Uhr Beginn des Festzuges. Hierzu ladet alle Freunde von Nah und Fern freundlichst ein.
Das Comité. [225]

Ein tüchtiger Korbmacher-Gesell auf Bestellarbeit findet dauernde Arbeit bei
Saarbrücken. Hermann Marg, Korbfabrikant. [75]

An die Sozialdemokraten Augsburgs und Umgegend.
Vorläufige Anzeige.
Der sozialdemokratische Verein Augsburgs in Verbindung mit dem Arbeiterverein „Vorwärts“ in Lechhausen veranstaltet auf Sonntag, den 11. Juli, einen großen Ausflug mit Musik auf den „Kobel“, um dortselbst auf steiligen Höhen und in schattigem Waldesgrün das Vereinigungsfest der deutschen Sozialdemokraten zu feiern.
Da die Sozialdemokraten Augsburgs und Umgegend schon längst nach Tausenden zählen und Alle hierzu eingeladen werden, so erwartet der Unterfertigte eine massenhafte Theilnehmung. — Keiner soll fehlen!
NB. An die Gemeindeoberröden, Kriegshaber“ und „Steppach“ wird das Gesuch zum geschlossenen Durchzug mit Musik und Fahnen gestellt und voranschicklich auch bewilligt werden. — Auch der Augsburger liberale Magistrat wird einen besafälligen Gesuche die Genehmigung nicht verlagern.
Diejenigen, welche sich bereits freiwillig als Ordner gemeldet haben und noch melden wollen, werden ersucht, sich Samstag, den 3. Juli, Abends im Lokale bei Herrn Bierbrauer Lindner einzufinden.
Der Ausschuss des soz. dem. Vereins Augsburgs. [475]

Zur gef. Beachtung. [125]
Herr A. M. Stofer aus Schwab. Mümling wird dringend ersucht, einem Freunde C. B. in B. wegen wichtiger Mittheilung sofort seine Adresse mitzutheilen. Sein K. von B. ist bei mir. Seine jetzigen Bekannten und Freunde werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.
In der am heutigen Freitagabend Wahl des Aufsichtsraths wurden gewählt:
B. Hafencleber zum Vorsitzenden,
B. Hartmann zum stellvert. Vorsitzenden,
J. Kuer zum Schriftführer,
Carl Veross und August Geib zu Beisizers.
Der Aufsichtsrath hat sich laut § 20 des Statuts konstituirr.
Die Adresse des Aufsichtsraths lautet: J. Kuer, gr. Rosenstr. 36, II, Hamburg, den 17. Juni 1875. [225]

Ein kaufmännischer Disponent
für Reise und Comptoir, der doppelten Buchführung mächtig, wird von einer Cigarren-Productiv-Genossenschaft zu engagiren gesucht. Stellung lohnend und dauernd. Caution von 500 Thlr. und Kenntniß des Kreisels erwünscht, wenn auch nicht unbedingt nöthig. Antritt sofort, oder spätestens bis 1. September a. e. möglich.
Nur in jeder Hinsicht gut empfohlene Bewerber finden Berücksichtigung. Weiteres unter F. G. B.
Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig, Zeigerstraße 44. [225]

Verantwortliche Redakteur: G. Rindt.
Redaktion Hobestraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.